

Mimmo Porcaro

## Die radikale Linke und das Problem des Pluralismus: der Fall Italien

Beitrag zum Seminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
über die Parteien der radikalen europäischen Linken  
Berlin, 16.-18. Dezember 2005

### 1. Die Gründe für die Beteiligung von Rifondazione Comunista (PRC) am Mitte-Links-Bündnis

Wenn sich bei den kommenden Wahlen im Frühjahr 2006 mit großer Wahrscheinlichkeit das als *L'Unione* (Die Einheit) bezeichnete Mitte-Links-Bündnis gegen die von Berlusconi geführte derzeitige Mehrheit durchsetzt, wird die an diesem Bündnis beteiligte *Partito della Rifondazione Comunista* (Partei der kommunistischen Wiedergründung, PRC) zum ersten Mal Vollmitglied einer Regierung der Republik Italien sein. Zum ersten Mal deshalb, weil sich bei der früheren Mitte-Links-Regierung die PRC auf eine Unterstützung von außen beschränkte (die später widerrufen wurde), ohne selbst direkt mit eigenen Ministern in der Regierung vertreten zu sein.

Dabei handelt es sich um eine außerordentlich bedeutsame Veränderung. Sie stellt – nach der Bildung der Regierung Zapatero und neben den Schwierigkeiten der gemäßigten Linken [ - der Sozialdemokratie – d. Ü.] in Frankreich und England sowie dem positiven Ergebnis der deutschen Linkspartei – ein weiteres wichtiges Signal für eine mögliche Veränderung der politischen Geographie Europas dar. Diese Veränderung könnte für die radikale Linke [ - die Kräfte links von der Sozialdemokratie – d. Ü.] günstig sein.

Welche Bedeutung diesem Umschwung zukommt, wird man nicht voll erfassen, wenn man glaubt, die Entscheidung der PRC, sich an *L'Unione* zu beteiligen, sei allein von der Absicht diktiert, die Regierung Berlusconi aus dem Amt zu drängen. Denn sonst wäre die Politik der PRC nur eine Neuauflage des „Frontismo“ (der Volksfront-Politik), d.h. jener Strategie, die auf eine Vereinigung aller „demokratischen“ Kräfte gegen die extrem neoliberale Rechte von Forza Italia, die Post-Faschisten der Alleanza Nazionale sowie gegen den extremistischen Populismus der Lega Nord abzielt. Eine solche Volksfront-Strategie wäre ein Zeichen der Schwäche und nicht der Stärke der radikalen Linken. Sie würde nur bedeuten, dass die radikale Linke angesichts der Gefahr einer neuen Mitte-Rechts-Regierung bereit (oder gezwungen) wäre, auf ihre wichtigsten Zielsetzungen zu verzichten.

Doch so stehen die Dinge nicht. Die Entscheidung der PRC ist sowohl von der Notwendigkeit diktiert, das Mitte-Links-Bündnis zu besiegen, als auch von der Überzeugung, dass es angesichts der tiefen Krise der italienischen (und der europäischen) Wirtschaft für die neue Regierung nicht mehr möglich sein wird, die Erfahrung des früheren Mitte-Links-Bündnisses zu wiederholen, also die Politik eines „abgefederten“, *sanften* Neoliberalismus, der die Gestaltung der sozialen und ökonomischen Beziehungen dem Markt überlässt und lediglich versucht, die negativen Auswirkungen dieser Politik auf die einkommensschwächeren Schichten abzumildern. Nach Auffassung der PRC handelt es sich jetzt um eine derart schwere Krise, dass keine „zentralistischen“ Lösungen mehr möglich sind, sondern vielmehr eine Entscheidung erforderlich ist zwischen einem *harten*, noch brutaleren Neoliberalismus und einem allmählichen Ausstieg aus dem neoliberalen Modell, das seit fast zwanzig Jahren die europäische Politik bestimmt. Aus diesem Grunde wird die Beteiligung an der nächsten Regierung von der PRC als Gelegenheit angesehen, die Regierungspolitik in Richtung auf einen Ausstieg aus dem Neoliberalismus zu drängen, unter schwierigen, aber dennoch hoffnungsvolleren Bedingungen als früher die Auseinandersetzung mit der gemäßigten Linken um die Hegemonie über das gesamte linke Lager zu führen (Bertinotti, 2004).

Der Sieg über Mitte-Rechts ist zweifellos der erste Schritt in dieser Richtung. Denn die Regierung Berlusconi hat nicht nur die Politik der Privatisierung und der Deregulierung des Arbeitsmarktes sowie der Unterordnung unter die USA fortgesetzt und verschärft, die von ihrer Vorgängerin, der Mitte-Links-Regierung, eingeleitet wurde, sondern sie ist weit darüber hinausgegangen. Sie hat die Besteuerung der mittleren und höheren Schichten stark reduziert und die Lasten der Einnahmeausfälle auf die dezentralen Verwaltungen (Regionen, Provinzen und Gemeinden) abgeladen, die jetzt nicht mehr in der Lage sind, einen Großteil der Sozialleistungen zu erbringen, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind. Um dem abzuweichen, hat sie die öffentliche Verschuldung erhöht und durch die Emission von Staatsanleihen, welche vor allem die Gläubiger begünstigt, noch weiter anwachsen lassen. Das starke Ansteigen des Defizits infolge dieser Politik ist der wesentliche Grund für die schwache Position, die Italien in der EU einnimmt. Wenn Berlusconi und sein Wirtschaftsminister Tremonti eine Lockerung der Maastricht-Kriterien fordern, dann nicht, weil sie aus dem Neoliberalismus aussteigen, sondern weil sie die Steuererleichterungen für die von den Mitte-Rechts-Parteien vertretenen sozialen Schichten fortsetzen wollen.

Außerdem gelang es der derzeitigen Regierung (dank der starken Mehrheit, die ihr das von der gemäßigten Linken in den vergangenen Jahren ausdrücklich gewollte Mehrheitswahlrecht gebracht hat) eine Reihe von Gesetzen durchzusetzen, die einzig und allein dem Zweck dienen, die *direkten* und *unmittelbaren* Interessen der Unternehmen Berlusconis zu wahren, sowie den Regierungschef persönlich vor drohenden Gerichtsverfahren zu schützen. Damit hat die Regierung auch ihre traditionelle Funktion der Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Segmenten der Bourgeoisie preisgegeben und die Gesamtinteressen der herrschenden Klasse den Interessen eines einzelnen Teils geopfert. Dies erklärt, warum die gegenwärtige Regierung nicht nur bei den Arbeitern und breiten Massen sowie den traditionellen politischen Gegnern Berlusconis unbeliebt ist, sondern auch bei bedeutenden Teilen des Establishments. Diese Gruppen, insbesondere der Nationale Unternehmerverein (Confindustria), kritisieren die Regierung Berlusconi, sind jedoch andererseits bestrebt, die Politik der künftigen Mitte-Links-Regierung schon im Vorfeld zu beeinflussen, indem sie ein Netzwerk der Mitte zu schaffen versuchen. Allerdings wird ihnen die Gründung einer selbstständigen Partei wahrscheinlich nicht gelingen, weshalb sie sich darauf beschränken werden, bei den „Demokraten“ der Margherita und einem Teil der Linksdemokraten Verbündete zu suchen. Das angestrebte Netzwerk soll beiden politischen Lagern die Gesetze diktieren, insbesondere natürlich dem Lager, das als Sieger aus den Wahlen hervorgehen wird. Dieser Trend zur Mitte wird jedoch auf erheblichen Widerstand stoßen. Denn seine Verfechter wollen die neoliberale Politik der ersten Mitte-Links-Regierung wiederbeleben, ohne die härtesten Gesetze, die von der aktuellen Mehrheit beschlossen wurden, abzuschaffen. Diese sollen höchstens teilweise abgeändert werden.

Die Krise, in der Italien steckt, ist aber zu tief, als dass sie nur durch den Sieg über Berlusconi und die Neuauflage eines *sanften* Neoliberalismus überwunden werden könnte. Es handelt sich nicht um eine konjunkturelle, sondern um eine strukturelle Krise (Ricci, 2004). Italien besitzt längst keine bedeutende Großindustrie mehr, und der einzige verbliebene Großkonzern, FIAT, ist in einer ziemlich schwierigen Lage. Es gibt keine ernstzunehmende Forschungs- und Entwicklungspolitik, die derzeit international konkurrenzfähig wäre. Die regionalen Industriebezirke, die im Zeichen des *small is beautiful* entstanden waren, haben die italienische Wirtschaft zwar zeitweilig gestützt, können aber heute den Folgen der Globalisierung nicht mehr standhalten. Daher die protektionistischen Bestrebungen der Lega Nord und des Ministers Tremonti. Italien ist heute auf handwerkliche Fertigung mit niedrigem technischem Niveau spezialisiert, wodurch es für die Konkurrenz der Schwellenländer, insbesondere Chinas, extrem angreifbar geworden ist. Auf diese Konkurrenz reagieren die italienischen Unternehmer und Regierungen lediglich mit einer Senkung der Arbeitskosten und der Unternehmenssteuern. Doch dies fördert keine technologische Innovation, sondern behindert sie im Gegenteil, denn die Unternehmer finden es erheblich einfacher und billiger, die Löhne zu senken und den Arbeitsmarkt zu deregulieren. Doch wie stark die Arbeitskosten auch

gesenkt werden mögen, es wird nie gelingen, die chinesische Konkurrenz auf diesem Feld zu schlagen.

Die Regierung Berlusconi hat diese Situation sicher verschärft, aber verursacht wurde sie durch die von der Mitte-Links-Koalition eingeleitete neoliberale Politik. Hauptursache sind vor allem die Privatisierungen. Damit wurde ein staatlicher Industriesektor abgewickelt, der zwar Mängel aufwies, aber dennoch der italienischen Industrie die Größe und das technologische Gewicht verlieh, wie sie auf dem Markt von heute gebraucht werden.

So sieht die Situation aus, deren Erbe die künftige Regierung antreten wird. Die PRC ist der Auffassung, dass diese Regierung nicht ohne weiteres eine *harte* neoliberale Politik durchsetzen darf. Starke Volksbewegungen und eine intelligente Politik von Einheit und Selbstständigkeit seitens der alternativen Linken können sie dazu zwingen, teilweise, aber bedeutsame Kurskorrekturen in Richtung auf eine Überwindung des neoliberalen Dogmas vorzunehmen. Dabei geht es vor allem darum, den Versuch der Regierung zu verhindern, mit Hilfe einer Politik der „zwei Phasen“ aus der Krise zu kommen: *zuerst* die Opfer, *dann* die Umverteilung der Gewinne, *zuerst* die weitere Verringerung von Einkommen und Rechten der Arbeitnehmer, *dann* die Entwicklung und Erhöhung des Wohlstandes. Immer stärker setzt sich die Auffassung durch (wenngleich noch nicht bei der Mehrheit), nach der Löhne, Arbeitnehmerrechte, Sozialleistungen und Ausbau des öffentlichen Sektors keineswegs erst die Folgen von Entwicklung darstellen dürfen, sondern Voraussetzungen für Entwicklung sind.

Damit sind die objektiven Bedingungen benannt, die – zusammen mit der Schwierigkeit, eine große, einige Kraft der gemäßigten und „sozialliberalen“ Linke zu bilden – die Feststellung gestatten, dass heute eine neue Chance für die alternative Linke besteht. Diese macht die Teilnahme an der Regierung möglich, in der die Linke weder als Minderheit noch als bloße Gehilfin auftreten müsste.

## **2. Die PRC und die neuen sozialen Bewegungen**

Für die Mehrheit der PRC ist klar, dass die Regierungsbeteiligung nicht das Endziel des Handelns der Bewegungen darstellt (als ob es der alleinige Zweck der sozialen Bewegung wäre, Einfluss auf die Regierung auszuüben), sondern ein Instrument zur Stärkung der sozialen Bewegungen, ein *Übergangsstadium* innerhalb einer Strategie, deren Ziel nicht in der Eroberung und Führung der Regierung besteht, sondern in der Vergrößerung des Einflusses der unteren Klassen und der Bewegungen auf die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse (Bertinotti, 2004). Die Regierungsbeteiligung kann insofern auch als eine Möglichkeit betrachtet werden, die „Struktur jener politischen Chancen“ günstig zu beeinflussen, die viele Forscher (darunter Tarrow, 1989, Della Porta 1996) als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Entwicklung und die Politisierung der Bewegungen selbst ansehen.

Mit der Struktur der politischen Möglichkeiten sind die institutionelle Form des Staates, das Kräfteverhältnis zwischen Regierung und Opposition sowie die beiden innewohnenden Strömungen gemeint. Mit dem Mehrheitswahlrecht, der Stärkung der Regierung gegenüber dem Parlament, dem Ende der Italienischen KP und damit auch dem „Vetorecht“, das sie seinerzeit gegenüber den herrschenden Koalitionen ausübte, mit den Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern hat der italienische Staat eine andere institutionelle Form erhalten. Dadurch stehen die Regierungen immer weniger unter dem Druck der gesellschaftlichen Bewegungen, haben die Arbeitskämpfe in den letzten 15 Jahren kaum noch direkte Auswirkungen auf die Politik gehabt. Da die Regierungen nicht mehr auf die (wenngleich ambivalente) Opposition der IKP reagieren mussten und die Möglichkeiten des Eingreifens der einzelnen Parteien innerhalb der jeweiligen Koalition reduziert waren, gelang es diesen, eine Politik der Einsparung öffentlicher Ausgaben durchzusetzen, die vorher undenkbar gewesen wäre.

Das Fehlen institutioneller oder parteipolitischer Instrumente, mit denen die Entscheidungen der Regierung hätten beeinflusst werden können, ließ sowohl bei den traditionellen Klassenbewegungen als bei auch den neuen Bewegungen das Interesse an der politischen Macht merklich schwinden. Das geschah auch, weil Aufgaben des Staates teilweise an andere gesellschaftliche Träger übergeben wurden, was diesen einen – wenn auch nur vorläufigen – Ersatz für politischen Einfluss brachte. So haben die großen Gewerkschaftsverbände als Gegenleistung für ihren Verzicht auf die Mitwirkung bei großen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen die Möglichkeit erhalten, mit Hilfe der Instrumente des Neokorporatismus die Lohnbewegung sowie einige Politikfelder (berufliche Bildung, Arbeitsvermittlung) zu kontrollieren und so zu Institutionen zu werden, die dauerhaft von den herrschenden Klassen anerkannt werden. Auf diese Weise wollten sie den eigenen Niedergang aufhalten, der mit dem Ende des Taylorismus eingeleitet wurde. Damit haben sie aber (teilweise und zeitweise mit Ausnahme der CGIL) jegliche politische Selbstständigkeit aufgegeben und garantieren die Durchsetzung einer Wirtschaftspolitik, die ihnen schließlich die Existenzberechtigung nimmt.

Zugleich ist die staatliche Verwaltung zur *Governance* mutiert, einem Prozess, der nicht mehr allein vom Staat, sondern einer Vielzahl von Akteuren getragen wird, darunter auch gemeinnützige Organisationen und ehrenamtliche Träger, die in Italien das Rückgrat der alternativen Eine-Welt-Bewegung bilden. Das verpflichtet diese, sich auf soziales Eingreifen in konkreten Fällen zu beschränken und sich nur als Lobby mit der politischen Macht auseinanderzusetzen, da sie es für unnütz oder unmöglich hält, auf die grundsätzliche Orientierung der Regierung Einfluss zu nehmen.

Die Bewegung ist zwar zu bemerkenswerten Mobilisierungen in der Lage, wenn es um die großen Themen wie Frieden oder Kritik an der Globalisierung geht, aber erheblich weniger, wenn die Dynamik der nationalen Politik beeinflusst werden soll. Im Rahmen der Institutionen und Regierungskonzepte, die sich in den letzten 15 Jahren durchgesetzt haben, finden also die Arbeiterklasse und die sozialen Bewegungen nur geringe Möglichkeiten, sich weiter zu entfalten oder sich zu politisieren. Andererseits können die erwiesene Wirkungslosigkeit des Neokorporatismus, die Schwierigkeiten der im Rahmen von *Governance* engagierten Verbände, die nur noch schrumpfende wirtschaftliche Ressourcen zu verwalten haben, die Unentschlossenheit und Spaltung der herrschenden Klassen, denen es nicht mehr gelingt, von der durch das Mehrheitswahlsystem möglich gemachten Entscheidungsfreiheit zu profitieren, zusammen mit der Teilnahme der PRC an der Regierung einen fruchtbaren Boden für neue politische Chancen schaffen. Das Wachstum der Bewegungen und die Zunahme der sozialen Konflikte könnten einer an der Regierung beteiligten PRC erheblich größere Spielräume bieten.

Dabei ist klar, dass die aktive Beteiligung an der Regierung nur dann Erfolg haben kann, wenn sie ab sofort nicht nur von der PRC getragen wird, sondern von einer Gesamtheit sozialer und politischer Kräfte, die an einem einheitlichen Projekt zusammenwirken.

Keine Partei der radikalen Linken in Italien oder Europa, in Regierung oder Opposition, darf glauben, sie könne den Kurs der herrschenden Klassen beeinflussen, wenn sie nicht in einem Netzwerk politischer Beziehungen zu zahlreichen unterschiedlichen Subjekten tätig wird. Dabei geht es nicht (oder nicht nur) darum, Beziehungen mit „verwandten“ Parteien zu schaffen (in Italien: der Partei der Italienischen Kommunisten, den Grünen, den Linken der DS, der neuen Formation „Uniti a sinistra“). Es geht vielmehr darum zu begreifen, dass auch Regierungshandeln eine direkte Initiative von Parteikräften sein muss, die sich zur Gesellschaft öffnen, von sozialen Kräften, die zu politischem Handeln in der Lage sind. Das Grundproblem des Handelns der radikalen Linken sowohl zur Veränderung der aktuellen Kräfteverhältnisse als auch zur Realisierung eines alternativen Gesellschaftsmodells besteht im *Umgang mit dem sozialen und politischen Pluralismus*, der längst die Voraussetzung für die Existenz und Chance jeder radikal linken Politik bildet, die diesen Namen verdient (Porcaro, 2005b; Spehr, 2005).

Bevor wir näher auf dieses Problem eingehen, sei darauf hingewiesen, dass mit Pluralismus hier nicht Gedanken- und Meinungsfreiheit gemeint ist. In dieser Hinsicht hat die radikale Linke längst jeden Rest von autoritärem Zentralismus überwunden. Wenn ich von Pluralismus spreche, dann meine ich die Vielfalt der gesellschaftlichen Subjekte, die zum antikapitalistischen Kampf beitragen. Deren gemeinsame Grundlage ist das Ideal einer sozialistischen und demokratischen Gesellschaft der Zukunft, die das konkrete Fundament für einen Pluralismus von Ideen darstellt. In Italien nennt man diese Vielfalt lieber „Pluralität“ und nicht „Pluralismus“, weil „Pluralismus“, verstanden als einfaches Nebeneinander unterschiedlicher Ideen, wie wir es aus öden Talkshows im Fernsehen kennen, eines der beliebten Werkzeuge des Neoliberalismus ist. Nach meiner Auffassung sollte man dennoch von Pluralismus sprechen, um deutlich zu machen, dass diese Thematik auf ein uraltes, immer noch aktuelles Thema der politischen Theorie zurück geht, das der Verbände und Vereinigungen, d.h. der Nichtregierungsorganisationen zur politischen Einflussnahme, die als Ausdruck der Autonomie der Gesellschaft und der Vermittlung zwischen Individuum und politischer Macht einen wesentlichen Faktor darstellen, um der Macht des Staates Grenzen zu setzen, Konflikte zu organisieren und die alltäglichen sozialen Beziehungen zu regeln.

### 3. Die Multiplikation der politischen Akteure: ökonomische und strukturelle Ursachen

Wie ich bereits in früheren Schriften festgestellt habe (Porcaro, 2005a), erfordert die Schaffung einer handlungsfähigen radikalen Linken unter anderem, die irreversible Veränderung des strategischen Modells anzuerkennen, das in der alten Arbeiterbewegung immer noch vorherrscht und in der Losung zum Ausdruck kommt: „eine Klasse – eine Partei“; ein einziges soziales und ein einziges politisches Subjekt. Seit den 60-er Jahren des letzten Jahrhunderts haben zahlreiche verschiedene Organisationen, die sich nicht allein auf die Arbeiterklasse reduzieren lassen, zur Herausbildung einer Bewegung beigetragen, die in Italien Neue Linke genannt wird.

Außerdem geht es bei der Neukonstituierung einer Klassenbewegung heute nicht nur um die schwierige Aufgabe, sehr unterschiedliche Gruppen von Arbeitern zusammenzuführen, sondern auch darum, Bündnisse zwischen Arbeitern und nichtproletarischen Gruppen zu schmieden. Fast alle erfolgreichen proletarischen Kämpfe der letzten Jahre hatten als Protagonisten *Koalitionen* aus Gewerkschaften, Lokalverwaltungen, gemeinnützigen Kooperativen, Kirchen, Umweltbewegungen usw. (Brecher und Costello, 1995). Das Zusammengehen mit anderen sozialen Schichten, das in den Jahren der Entwicklung des Sozialstaates eine *Folge* der strukturellen Stärke der alten Arbeiterbewegung war, gilt heute als *Vorraussetzung* und *Bedingung* dafür, dass eine neue Arbeiterbewegung entstehen und sich stärken kann. Auch wenn sich die radikale Linke darauf beschränken wollte, nur innerhalb der neuen Klassenbewegung zu agieren, müsste sie sich daran gewöhnen, zu einer Vielzahl unterschiedlicher sozialer Akteure in Beziehung zu treten. Längst steht fest, dass die radikale Linke nicht nur in der alten oder neuen Klassenbewegung aktiv sein kann, sondern in der Gesamtheit der Bewegungen und Verbände agieren muss, die in den letzten Jahren die alternative Eine-Welt-Bewegung<sup>1</sup> bilden. Diese Bewegung hat nicht nur die Fronten, an denen sich

---

<sup>1</sup> Dabei ist die Frage nach dem Klassencharakter der neuen Bewegung, genauer gesagt, nach dem Klassenstandpunkt, mit dem man den Charakter der neuen Bewegung bestimmt, alles andere als einfach. Es kann zum Beispiel nicht als sicher gelten, dass bei den Akteuren der heutigen Bewegung die Klassenposition eine geringere Rolle spielt als bei denen der Vergangenheit. Auch hinsichtlich der „postmaterialistischen“ Bewegungen der 70-er Jahre gab es die Auffassung (Gundelach, 1986), daß diese Ausdruck eines bestimmten Teils des Proletariats waren, nämlich der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. Analog könnte man sagen, daß die gegenwärtige Bewegung – abgesehen vom Industrieproletariat und den Bauern, die auf jeden Fall in ihr präsent sind –, eine der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, der Informationswirtschaft und vor allem der Mitarbeiter gemeinnütziger Organisationen ist. Doch das wichtigste Moment, wodurch sich die gegenwärtige Bewegung von den Klassenbewegungen der Vergangenheit unterscheidet, besteht darin, daß die letztgenannte Gruppe der „Sozialarbeiter“, wenn sie sich denn als Klasse äußert, dies nicht durch ökonomische Forderungen tut, sondern indem sie darauf besteht, ihre soziale Funktion, die Arbeit für und mit anderen Subjekten, insbesondere denen, die am stärksten von der Globalisierung betroffen sind, frei und von den Zwängen des Neoliberalismus

antikapitalistischer Kampf entfalten kann, pluraler und vielfältiger werden lassen, sondern auch deutlich gemacht, dass die verschiedenen Gruppierungen, aus denen sie besteht, zwar keine Parteien sind und auch keine werden wollen, aber eine ganz offene und direkte politische Rolle spielen, wobei sie manchmal parallel zu den Parteien agieren, manchmal aber auch mit ihnen in Wettbewerb treten.

Freiwillige Zusammenschlüsse, die sich gebildet haben, um gegen soziales Elend anzugehen, oder Bürgerinitiativen, die für ein einzelnes Ziel entstanden sind, werden durch die neoliberale Politik gezwungen, über ihren engen Handlungsraum hinaus zu gehen und zu politischen Subjekten mit einem größeren Aktionsradius zu werden. Doch solche Veränderungen haben auch tief greifende *strukturelle* Ursachen. Die zentrale Rolle der Exekutive bei der Bestimmung der Richtlinien für ein soziales System und die fortschreitende Transformation ihres Handelns in Governance, die von verschiedenen öffentlichen, halb-öffentlichen und privaten Akteuren umgesetzt wird, bietet jedem Zusammenschluss, der an der Governance mitwirkt, einen viel größeren Einfluss, als ihn parteiunabhängige Organisationen in der Vergangenheit hatten.

Diese Prozesse haben zugleich dafür gesorgt, dass die Exekutive (wegen der Zuständigkeiten, die ihren einzelnen Bereichen zugewiesen wurden) nach und nach wichtiger wird als die Legislative mit ihren Entscheidungen. Das aber schwächt die Rolle der politischen Partei, die nun nicht mehr in der Lage ist, den ganzen Komplex öffentlichen Eingreifens durch ihre bloße Präsenz in der Zentral- oder Regionalregierung zu steuern. Auch die Alltagsarbeit in der Regierung kann also nur effizient und erfolgreich sein, wenn enge Beziehungen zwischen der Partei und den Gruppierungen hergestellt werden, die mehr oder weniger direkt in die Governance einbezogen sind, und die seit Seattle einen schwindelerregenden, noch nicht abgeschlossenen Prozess der Politisierung durchlaufen haben.

Dies sind die objektiven Ursachen für die zunehmende „Konfusion“ im Hinblick auf die Rolle der Parteien und der Bewegungen, auf welche die politische Soziologie seit langem hinweist (Mény und Surel, 2000).

#### **4. Chancen und Herausforderungen im Verhältnis zwischen Parteien und Bewegungen in Italien**

Das Dargelegte soll nicht heißen, dass die Bewegung in der Lage ist, immer und überall die neue Rolle zu spielen, die ihr die gesellschaftlichen Verhältnisse bieten. In Italien haben sich die

---

unbeeinflusst ausüben zu können. Die ökonomischen Forderungen, die sie ebenfalls stellt, betreffen einerseits die sofortige Änderung der generellen Entwicklungsrichtung der Wirtschaft und andererseits die Erhöhung der finanziellen und technischen Ressourcen für den gemeinnützigen Sektor, mehr Engagement für soziale Initiativen, die sich für Solidarität in der Gesellschaft einsetzen. Diese Beschäftigten fordern, dass ihre Organisationsstrukturen als Modell für soziale Verhältnisse anerkannt werden, was erklärt, weshalb sie so viel Wert auf Themen wie „neue Demokratie“ legen. Charles Tilly (Tilly, 1978) vertritt die These, daß jede Bewegung unter anderem auf die Wirkung eines besonderen „catnet“ zurückgeht, einer Kombination aus „catness“ (strukturelle Klassenzugehörigkeit, grundlegende soziale Stellung) und „netness“ (die Fähigkeit, autonome Organisationsstrukturen und Beziehungsnetze zu schaffen). Jede Bewegung wäre also ein Ergebnis des Verhältnisses von „primärer Sozialisierung“ (die von der Klassenzugehörigkeit bestimmt wird) und „sekundärer oder „freiwilliger Sozialisierung“, (die auf frei gewählte soziale Verhältnisse zurück geht). Auch die Arbeiterbewegung hätte sich nicht nur im Ergebnis von primärer Sozialisierung entwickeln können. Die freiwilligen Zusammenschlüsse der Arbeiter (Genossenschaften, Gewerkschaften, Parteien) waren entscheidend für die Herausbildung des Bewusstseins und die Durchsetzung ökonomischer Interessen). Vielleicht ist es möglich, diese Begriffe auch zu benutzen, um das Verhältnis zwischen den neuen Bewegungen und den Klassen zu verstehen, aus denen ihre Akteure kommen. Während bereits für die Arbeiterbewegung die catness eine wichtige Identifikationsgrundlage war und die netness oft die Verhaltensmuster der catness reproduzierte (wie zum Beispiel bei den internen kulturellen Beziehungen in den Arbeitervierteln, wo sich Proletarier zusammenfanden, die in derselben Fabrik oder in demselben Industriebezirk arbeiteten), ist die netness für die neuen „Sozialarbeiter“ der wichtigste Faktor bei der Definition gemeinsamer Orientierungen und Interessen. In dieser Hinsicht scheint die gemeinsame Klassenzugehörigkeit keine Voraussetzung für die freiwillige Sozialisierung zu sein, sondern eher ihr Ergebnis.

interessantesten politischen Gruppen der Bewegung (d.h. die lokalen Sozialforen, die analog zu dem von Genua entstanden sind), die in der Lage waren, gleichzeitig die Pluralität der Akteure und geschlossenes Handeln für ein gemeinsames Ziel zu garantieren, als Strohfeuer erwiesen, das längst wieder verglüht ist. Das sollte uns nicht wundern, denn es handelte sich um den Versuch, eine bisher unbekannt politische Praxis zu schaffen, die es den einzelnen Verbänden gestattete, ihre ursprüngliche soziale Funktion zu bewahren, und zugleich unabhängig von allen Parteien an einem gemeinsamen Programm mitzuwirken (Porcaro, 2005b). Doch die politische Schwäche der Bewegung (die nichts über ihre kulturelle Bedeutung für die Gesellschaft aussagt), stellt für alle, die wie die PRC bei der Durchsetzung ihrer Strategie innerhalb des Wahlbündnisses *L'Unione* in erheblichem Maße auf die Bewegung setzen, ein Problem dar.

Es lassen sich jedoch Hinweise auf eine direkte Einbeziehung der Bewegung in die Formulierung des Programms von *L'Unione* erkennen. Das sehr interessante Netzwerk linker Freizeit- und Kulturvereine, *Arci* (*Associazione ricreativa e culturale italiana*), mit seiner großen Mitgliedschaft, das zunächst von der DS beherrscht wurde, tendiert heute immer mehr zur radikalen Linken. Es hat eine ausgesprochen anti-neoliberale „10-Punkte-Plattform“ vorgeschlagen, mit der es auf die Ausrichtung von *L'Unione* und der zukünftigen Regierung Einfluss nehmen will. *Carta*, eine der meist gelesenen Zeitungen der Bewegung, hat Initiativen vorgeschlagen, die zum Ziel haben, das Monopol der Parteien in der Regierungspolitik zu brechen. Angesichts der Aussicht auf eine *Veränderung der Struktur der politischen Möglichkeiten*, die eine künftige Mitte-Links-Regierung und die Beteiligung der PRC an ihr verspricht, scheint die Bewegung die Chance für eine wirksame Einflussnahme auf das landesweite politische Kräfteverhältnis wiederentdeckt zu haben und versucht auf ihre Weise den eigenen Aktionsradius zu erweitern.

Die Schwierigkeiten, eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Bewegungen und Parteien in Italien herzustellen, liegen allerdings nicht nur bei ersteren, sondern ebenso bei letzteren. Von den Parteien der Linken hat nur die PRC eindeutig erklärt, dass für sie das Verhältnis zu den sozialen Bewegungen auch bei Ausübung der Regierungsgewalt eine zentrale Rolle spielen wird. Sie hat sich dafür eingesetzt, das Programm gemeinsam mit den Bewegungen zu formulieren, und ihnen nicht nur die Rolle zugewiesen, zum politischen Input beizutragen, sondern auch den Output ständig zu kontrollieren. Trotzdem hat es den Anschein, als hätten die Bewegungen die PRC bislang noch nicht als ihren wichtigsten Ansprechpartner in dieser Frage anerkannt. Sie agieren äußerst vorsichtig, denn sie wollen alle Parteien des Bündnisses beeinflussen und lassen sich häufig von der Politik der *pressure groups* leiten.

Die jüngsten Vorwahlen, die im Umfeld des Mitte-Links-Bündnisses abgehalten wurden, um den Spitzenkandidaten zu bestimmen, an denen zirka 3 Millionen Wähler teilgenommen haben, endeten mit einer klaren Unterstützung für Romano Prodi. Fausto Bertinotti erhielt 14,9 % der Stimmen. In absoluten Zahlen ist das kein schlechtes Ergebnis. Wenn man bedenkt, dass die PRC bei den letzten Parlamentswahlen 5% der Stimmen erreicht hat und dass die Wähler von Mitte-Links etwa die Hälfte der nationalen Wählerschaft ausmachen, kann man anhand der Vorwahlen schätzen, dass das künftige Wahlergebnis der PRC zwischen 7 % und 8% liegen wird. Wenn man aber berücksichtigt, wie stark die sozialen Bewegungen in den letzten Jahre gewachsen sind und welche positive, loyale Rolle die PRC in ihnen gespielt hat, dann erscheint das Ergebnis von 14,9% noch als unzureichend, um der Partei eine stabile Rolle als bevorzugte Ansprechpartnerin der Bewegungen in der Regierung und der Gesellschaft zu sichern.

Dafür kann es vielfältige Gründe geben: die tiefe Abneigung der Bewegungen, sich nur mit *einer* Partei zu identifizieren, das anhaltende Misstrauen gegenüber dem Namen „Kommunist“, die einhellige Orientierung der *Medien* auf Prodi, das geringe Engagement eines Teils der PRC bei den Vorwahlen, die von vielen Genossen als Eingehen auf die Amerikanisierung und Personalisierung der Politik gesehen wurden. Aber der Hauptgrund muss möglicherweise in der *Form* der PRC, d.h. in ihrer

Organisationsstruktur gesucht werden, die trotz zahlreicher Modernisierungsversuche nach wie vor überholt wirkt, außerdem in ihrer *Genesis*, d.h., in der Tatsache, dass die PRC, die als Partei den Bewegungen zweifellos am offensten entgegentritt, ihre Entstehung einer vergangenen Epoche verdankt, die der Generation und Kultur der heutigen sozialen Mobilisierungsphase fremd ist. Vielleicht kann nur eine Partei, die auf der jetzigen *Welle* der sozialen Mobilisierung entstanden ist, die Rolle spielen, die die PRC gern spielen möchte.

Es hat daher den Anschein, dass die Synergie zwischen Bewegung und Partei von der Fähigkeit abhängt, einer politischen Formation Leben einzuhauchen, die wirklich neu ist und auch als solche wahrgenommen wird, die *von Anfang an* Grundmuster und Kultur der Bewegung in sich trägt, und sie nicht erst *im Nachhinein* aufzunehmen versucht. Die Notwendigkeit einer solchen neuen politischen Formation ist der PRC durchaus bewusst. Sie meint, dass nur die Schaffung einer breiteren alternativen Linken das Problem lösen kann. Doch bis jetzt ist sie damit kaum vorangekommen. Auch deswegen nicht, weil das politische Angebot der PRC an einem offensichtlichen Widerspruch leidet. Einerseits hat die PRC nicht die Absicht, ein gewöhnliches Bündnis mit den vorhandenen politischen Kräften links von den DS einzugehen, um zu vermeiden, dass dieses nur eine Sammlung der bisherigen politischen Faktoren wird. Andererseits will sie auch nicht völlig in einer neuen politischen Formation aufgehen, nicht weil diese Formation, der Kultur der Bewegung entsprechend, den Verzicht auf die unterschiedlichen politischen Identitäten und Kulturen erforderte, sondern weil sie die Fähigkeit voraussetzte, das Verhältnis zwischen Pluralität und Einheit produktiv zu lösen.

Aus all dem folgt eindeutig: Sowohl im Verhältnis zur Bewegung als auch zur alternativen Linken ist der Umgang mit der Pluralität das entscheidende strategische Problem der PRC und der gesamten radikalen Linken Italiens.

Dazu kommt das schwerwiegende Problem, wie mit dem Pluralismus innerhalb der PRC umgegangen werden soll.

## **5. Die PRC und der Umgang mit dem Pluralismus in der Partei**

Seriöse politische Analytiker betrachten politische Parteien schon lange nicht mehr als einheitliche Akteure, d.h. als politische Subjekte mit einem einzigen Willen, einer klar festgelegten Linie und einem kohärenten Organisationsapparat, sondern eher als pluralistische Gebilde mit verschiedenen politischen Strömungen, unterschiedlichen organisatorischen Funktionen und Interessengruppen, die mehr oder weniger eng mit sozialen Gruppen außerhalb der Partei zusammenarbeiten (Bartolini, 1986). Wenn eine Partei überhaupt eine einheitliche politische Linie hat, dann ist das ein momentanes, vorübergehendes Ergebnis der Auseinandersetzung zwischen ihren verschiedenen Bestandteilen. Die praktische Umsetzung dieser Linie leidet unter der Konfrontation, weil die unterlegenen politischen Gruppen oder Organisationsstrukturen sie mehr oder weniger aktiv behindern. Jede ernsthafte Analyse des Handelns einer Partei darf also nicht einfach deren Einheit und kohärentes Verhalten voraussetzen, sondern muss den Stand der Widersprüche zwischen den unterschiedlichen Komponenten der Partei immer wieder neu bewerten. Das sind Widersprüche zwischen den zentralen und den peripheren Organen, zwischen dem Apparat und jenen Mitgliedern der Partei, die öffentliche Ämter bekleiden (der so genannten *party in public office*), sowie zwischen den unterschiedlichen politischen Strömungen der Partei.

Parteien waren nie homogene Subjekte. Diese Tatsache wurde jedoch zu einer Zeit, da die sozialen Konflikte relativ einfach und die Ideologien, auf die sich die Parteien bezogen, ausreichend klar waren, häufig übersehen. Gegenwärtig, da die Parteien eine sehr viel komplexere Realität widerspiegeln und eine wesentlich größere Pluralität ideologischer Bezugspunkte aufweisen, gewinnt sie zunehmend an Bedeutung. Sozialer und ideologischer Pluralismus ist heute in allen Parteien festzustellen. Er kann



ein positiver Aspekt sein, beweist er doch nur, dass die Parteien sich in einer komplexen Realität bewegen. Wenn das Problem aber nicht erkannt und in der richtigen Weise behandelt wird, kann es zu Zersplitterung, zu sinnlosem Streit zwischen den Gruppierungen, ja sogar zu politischer Lähmung führen.

Dieses Problem betrifft natürlich auch die Parteien der Linken, insbesondere der radikalen Linken. Wenn die Parteien der radikalen Linken relativ fest und ausschließlich an eine kulturelle Identität gebunden sind, zahlen sie einen höheren Preis für den ideologischen Pluralismus, denn sie nehmen die Ideologie sehr ernst und tendieren dazu, ihre inneren Konflikte zu dramatisieren. Wenn sie dagegen für neue soziale Konflikte offen und pragmatisch orientiert sind, zahlen sie einen höheren Preis für den sozialen Pluralismus, denn die sozialen Gruppen, auf die sie sich beziehen, haben nicht die politischen und finanziellen Ressourcen, die es den diversen Fraktionen des herrschenden Blocks ermöglichen, eine gewisse Geschlossenheit zu erreichen. Und sehr oft zahlen die Parteien der radikalen Linken sowohl den Preis für den sozialen als auch für den ideologischen Pluralismus, da sie aus einer komplizierten ideologischen Geschichte kommen und zugleich in den neuen sozialen Konflikten verwurzelt sind.

All das lässt sich anhand der italienischen Erfahrungen belegen.

Auf dem letzten Parteitag der PRC gab es eine lange, zermürbende Debatte, die in dem Beschluss mündete, sich an einer möglichen Mitte-Links-Regierung zu beteiligen. Dieser Kongress hat deutlicher als der vorherige die starke kulturelle und politische Heterogenität der Gruppierungen demonstriert, aus denen sich die Partei zusammensetzt. Die PRC besteht aus fünf Strömungen. Dies sind: die Mehrheit („Für eine gesellschaftliche Alternative“), die sich um den Sekretär der Partei, Bertinotti, schart und ca. 60% der Delegiertenstimmen erhielt; die Strömung, die auf dem vorherigen Kongress ihre Besorgnis über den Wandel der Parteideologie und über die weitgehende Öffnung gegenüber den Bewegungen geäußert hat („Kommunisten sein“); die Gruppe, die beim letzten Parteitag noch zur Mehrheit gehörte, aber heute die Linie des Parteisekretärs kritisiert, die als eine Wende nach rechts angesehen wird („Kritische Linke“); und schließlich die beiden Komponenten, die aus der Spaltung der „historischen und orthodoxen“ trotzkistischen Opposition entstanden sind („Für ein kommunistisches Projekt“ und „Weg mit Prodi“).

Im Gegensatz zur Linie der Mehrheit ist die Gruppierung „Kommunisten sein“ der Meinung, dass nicht die Erneuerung, sondern die Stärkung der Partei an erster Stelle zu stehen habe. Die eigene Stärkung und nicht die Öffnung gegenüber den Bewegungen, müsse als Voraussetzung für den Erfolg der Politik der PRC angesehen werden. Außerdem ist in dieser Gruppierung die Rückbesinnung auf eine kulturelle Linie zu beobachten, die eine Kontinuität von Theorie und Praxis der kommunistischen Bewegung anstrebt sowie darauf besteht, dass der Begriff des „Imperialismus“ weiter uneingeschränkt gelte. Was das politische Handeln betrifft, so schließt diese Strömung eine Regierungsbeteiligung nicht aus, ordnet sie aber der Festlegung präziser programmatischer Punkte unter, in deren Rahmen die Debatte mit „L'Unione“ stattfinden soll. Die „Kritische Linke“ ist der Meinung, dass die Partei mit ihrer Hinwendung zu „L'Unione“ die Beschlüsse des vorherigen Kongresses verletzt habe, der sich im Hinblick auf Ausgewogenheit und Regierungsfreundlichkeit für einen höheren Stellenwert der Bewegungen und der sozialen Auseinandersetzung ausgesprochen hatte. Sie sei zu der Haltung zurückgekehrt, den Institutionen den Vorzug vor der sozialen Dynamik zu geben. Die „Kritische Linke“ ist außerdem der Meinung, dass es möglich wäre, auch ohne Regierungsbeteiligung zum Sieg über Berlusconi beizutragen und sich stattdessen von Fall zu Fall auf eine partielle Unterstützung der Regierung von außen zu beschränken. Die beiden letzteren Gruppierungen, die sich weitgehend – wenn auch mit jeweils unterschiedlichem Akzent – auf das historische Vermächtnis des linken Kommunismus berufen, behaupten, es sei unerlässlich, mit Mitte-Links zu brechen, um einen autonomen kommunistischen Pol zu schaffen, der in der Lage ist, den Klassenkampf wieder aufleben zu lassen.

Diese Einwände beantwortet die Parteimehrheit so: Angesichts der Tatsache, dass für die Wähler des Mitte-Links-Bündnisses die Niederlage Berlusconis das Hauptziel darstelle, würde jede Haltung, die von der uneingeschränkten Unterstützung des Bündnisses gegen Berlusconi (und damit gegen die Regierung) abweiche, von den Wählern bestraft. Die PRC würde dann als kaum glaubwürdige und nutzlose Partei dastehen. Eine solche Niederlage würde die Möglichkeiten der PRC erheblich einschränken, den neoliberalen Tendenzen des Mitte-Links-Bündnisses entgegenzutreten sowie in den sozialen Auseinandersetzungen eine bedeutende Rolle zu spielen. Außerdem ist die Mehrheit der Meinung, dass die Entscheidung für die Mitarbeit in der Regierung durchaus nicht bedeute, den Institutionen gegenüber den Bewegungen den Vorrang zu geben. Im Gegenteil, dies sei eine Entscheidung zugunsten der Bewegungen, denn sie gestatte es, die kulturellen und politischen Wirkungen, die die Bewegungen in der Gesellschaft ausgelöst haben, *innerhalb der Institutionen* zur Geltung zu bringen. Was die „unverzichtbaren“ programmatischen Ziele betrifft, so stellt die Mehrheit fest, die Bindung an eng definierte Ziele könnte eine Unterschätzung der aktuellen Entwicklungen bedeuten. Dabei werde die Regierung – wie anfangs ausgeführt – vor der objektiven Schwierigkeit stehen, auf die neoliberale Strategie zurückgreifen zu müssen, womit eine Phase der Widersprüche eröffnet werde, die ohne flexibles Handeln nicht erfolgreich überwunden werden könne. Die Mehrheit zieht stattdessen eine laufende politische Debatte vor, um *präzise Richtlinien und Ziele* für die Regierung erarbeiten. Diese könnten zwar in unterschiedlichen Formen realisiert werden, müssten aber auf jeden Fall einen Kurswechsel und die generelle Absicht signalisieren, den Neoliberalismus überwinden zu wollen. Wenn man dagegen auf „gewerkschaftliche“ Art über bestimmte Ziele verhandeln wolle, dann werde das in fruchtlosen Streit zwischen Führungsgruppen ausarten, in dem die PRC angesichts des Kräfteverhältnisses zwischen den Bündnispartnern von „L'Unione“ in der Minderheit wäre. Sie hätte sich dann zwischen deren Diktat und einem Bruch der Koalition zu entscheiden. Letzteres würde von den Wählern hart bestraft werden. Daher sei es besser, eine kontinuierliche, offene Auseinandersetzung zu führen, die nicht nur die Führungsgruppen der Partei einbeziehe, sondern die Gesamtheit der sozialen Bewegungen. Diese verliehen der PRC eine Stärke, die sie als einzelne Partei nicht erreichen könne.

Die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Partnern war hart und aufreibend. Dabei ist es zu Missverständnissen, Misstrauen, politischen und personellen Brüchen gekommen, die der Partei sehr geschadet haben. Es muss aber eindeutig festgestellt werden, dass der Kongress hinsichtlich der innerparteilichen Demokratie ordnungsgemäß abgelaufen ist, obwohl es am Ende wegen der Unversöhnlichkeit der Positionen nicht möglich war, einer „proportionale“ Zusammensetzung der Führungsgremien zu erreichen. Alle Teilnehmer hatten die gleichen Möglichkeiten, sich zu äußern, die Abstimmungen auf lokaler, provinzieller und nationaler Ebene waren korrekt. Ideologischer Pluralismus wurde also in höchstem Maße gewahrt.

Das ändert nichts an der Tatsache, dass in der Art und Weise, wie die verschiedenen Positionen sich bildeten und formuliert wurden, eine Verschärfung der Differenzen und ihrer wechselseitigen Abschottung zum Ausdruck kam. Längst empfinden sich viele Genossen nicht mehr an erster Stelle als Mitglieder der PRC, sondern dieser oder jener Fraktion. Jede Fraktion organisiert sich selbstständig, benennt eigene nationale und territoriale Vertreter und versucht, sich so viele Ressourcen wie möglich zu sichern. Dabei handelt man oft abweichend von den offiziellen Beschlüssen der Partei. So forderte bei den kürzlichen Vorwahlen eine Fraktionen offen den Boykott, während andere sich nur halbherzig am Wahlkampf für Bertinotti beteiligten.

Es ist schwer zu sagen, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden. Vielleicht mildern zukünftige politische Erfolge der Mehrheitslinie der PRC die Gegensätze und entschärfen die Konflikte mit den abweichenden Gruppierungen. Sollten sich solche Erfolge einstellen, die angesichts der komplizierten und dynamischen Entwicklung der politischen Lage in Italien kaum einheitlich oder endgültig sein werden, ist ihre Wirkung auf die Einheit der PRC ganz und gar nicht absehbar. Die Differenzen

zwischen den Strömungen in der Partei sind ja kein zufälliges Phänomen, das von der politischen Konjunktur abhängt, sondern größtenteils vom „genetischen Code“ der Partei verursacht. Laut der gründlichsten und umfassendsten Studie über die PRC (Bertolino, 2004) ist diese Partei nicht dadurch entstanden, dass ein zentraler Führungskern mit einer tendenziell einheitlichen politischen Kultur immer weiter expandierte, sondern es war ein Zusammenschluss bereits bestehender politischer Gruppen, die alle ihre eigene Geschichte, ihre eigene Ideologie, ihre eigenen politischen und personellen Bindungen haben. Widersprüche, die unweigerlich in jeder Partei entstehen, tendieren in der PRC dazu, sich in Form organisierter Fraktionen auszudrücken. Dadurch wird der Einfluss der Partei in der Gesellschaft geschwächt, und viele Partner wenden sich von ihr ab, weil ihr großes inneres Konfliktpotential sie abstößt.

## 6. Zwei Empfehlungen für die radikale Linke.

Der PRC steht also vor dem absolut ungelösten Problem, wie sie mit dem unvermeidbaren innerparteilichen Pluralismus umgehen soll. Doch wenn wir uns auch nicht auf wissenschaftliche Studien zur Bedeutung politischer Spaltungen in Parteien der Linken, besonders der radikalen Linken, stützen können, so ist doch anzunehmen, dass dies nicht allein ein Problem der PRC ist. Denn die Parteien der radikalen Linken sind gefangen zwischen einer Vergangenheit, die noch nicht zu Ende ist, und einer Zukunft, die noch gar nicht richtig angefangen hat. Die noch nicht abgeschlossene Vergangenheit ist das Erbe der historischen Niederlage der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung. Diese Niederlage hat durch die Auflösung dominierender und einender theoretischer Paradigmen einerseits die alten Spaltungen der Bewegung wieder aufleben lassen und den Gegensätzen zwischen Stalinismus, Trotzismus, Linkssozialismus, Neuer Linken, Operaismus usw. neuen Auftrieb gegeben. Andererseits hat sie diese unterschiedlichen Strömungen vielfach dazu gezwungen, sich in einer einzigen oder in eng verwandten Organisationen zusammenzuschließen, um sich in einer ungünstigen allgemeinen Lage zu behaupten. Das erklärt, weshalb viele politische Gruppen der radikalen Linken so bunt zusammengewürfelte Gebilde sind.

Die Zukunft, die erst noch klar sichtbar werden muss, wird von den neuen sozialen Bewegungen und der neuen Arbeiterbewegung eingeläutet. Es wird einerseits sehr wahrscheinlich eine „plurale Zukunft“ sein, da die verschiedenen Subjekte nicht durch ein einheitliches Denken, eine einzige Klasse oder Partei zusammengeführt werden, sondern durch ein *politisches Projekt*, das geeignet ist, Widersprüche zu überwinden und Einmütigkeit herzustellen. Dieses einende politische Projekt, soweit man hier und dort schon Spuren entdecken kann (zum Beispiel in den gemeinsamen Erfahrungen der Eine-Welt-Bewegung) muss sich andererseits erst noch voll ausprägen. Die mögliche (und wünschenswerte) Öffnung der Parteien der radikalen Linken zu den Bewegungen stellt somit nicht unbedingt - zumindest momentan - einen Faktor der Einigung dieser Parteien dar, weil sie die in den Parteien selbst vorhandenen Trennlinien reproduziert. Diese verlaufen zwischen „demokratischer Globalisierung“ und Antiimperialismus, zwischen Umweltbewegung und neuer Industriebewegung, zwischen der Verherrlichung eines „sozialen Nomadentums“ und der Suche nach neuen Garantien und Sicherheit des Arbeitsplatzes.

Ad hoc kann man zwei Empfehlungen für die Parteien der radikalen Linke formulieren, die dafür sorgen wollen, dass der unvermeidliche soziale Pluralismus tatsächlich zu einem Kraftquell und nicht zu einem Hindernis wird:

- Alle Parteien der radikalen Linken, insbesondere die neuen, müssen den Umgang mit inneren Differenzen als *vorrangiges Problem* behandeln, die Elemente einer gemeinsamen politischen Kultur stärken, die Mechanismen des Statuts und die Regeln der innerparteilichen Demokratie sorgfältig prüfen, die Bildung organisierter Fraktionen verhüten (die etwas anderes sind, als das notwendige, aber flexible und befristete Zusammengehen unterschiedlicher politischer Linien),

beziehungsweise Strukturen finden, welche derartige Fraktionen daran hindern, eine destruktive Rolle zu spielen.

- Die Divergenzen innerhalb der einzelnen Parteien, die sich in mehr oder weniger organisierten Fraktionen ausdrücken, müssten produktiv gemacht werden, d.h. sie müssten nach *tatsächlich in der Gesellschaft vorhandenen Differenzen* gegliedert sein, sie müssten eher die innerhalb der antikapitalistischen Bewegung existierenden Konflikte repräsentieren, als die ideologischen Konflikte und Identitätsprobleme, die auf die bereits vergangene Geschichte der Bewegung zurück gehen.

Diese beiden Empfehlungen, denen man weitere hinzufügen könnte, gehen nicht auf Forschungen der Politikwissenschaft, sondern auf historisch-politische Überlegungen zurück.

Die Phasen, die wir gegenwärtig erleben, können nicht allein mit Hilfe der politischen Soziologie, der Politikwissenschaft oder der sozialen Anthropologie interpretiert werden. Alle diese Disziplinen dienen dazu, reguläre und vorhersehbare Phänomene zu analysieren und begriffliche Kategorien zu bilden, die erklären, wie eine vorhandene Realität funktioniert. Doch wenn wir erleben, dass eine neue Realität entsteht, dann genügt dieser theoretische Zugang - so notwendig und unerlässlich er auch sein mag - nicht mehr. Wir wissen, wie die Parteien, und vielleicht etwas weniger, wie die Bewegungen funktionieren. Doch wenn uns die gesellschaftliche Entwicklung - was so gut wie sicher ist - nach und nach eine neue Form politischen Handelns präsentiert, die wir heute nur als einen "Zwitter", als eine Mischung aus Bewegung und Partei, bezeichnen können, dann ist diese neue Form nur mit soziologischer *Vorstellungskraft* vorauszuahnen und zu fördern, vor allem durch das Nachdenken über *Geschichte* als einen Ort, der unablässig *Neues* hervorbringt.

Turin, November 2005

### **Bibliografische Hinweise**

Bartolini, S., "Partiti e sistemi di partito", in Pasquino, G. (ed), *Manuale di scienza della politica*, Bologna 1986.

Bertinotti, F., *Per l'alternativa di società. Tesi per il congresso del Partito della Rifondazione Comunista*, Roma 2004.

Bertolino, S., *Rifondazione Comunista. Storia e organizzazione*, Bologna 2004.

Brecher, J. und Costello, T., *Global Village or Global Pillage. Economic Reconstruction from the Bottom Up*, Cambridge, Mass. 1995.

Della Porta, D., *Movimenti collettivi e sistema politico in Italia. 1960-1995*, Roma-Bari 1996.

Gundelach, P., "Nuovi ceti medi, organizzazioni di base e valori alternativi", in Carboni, C. (ed), *Appropriazione statale del tessuto sociale e nuovi movimenti collettivi*, Milano 1986.

Mény, Y. und Surel, Y., *Par le Peuple, pour le Peuple*, Paris 2000.

Porcaro, M., „Vorbedingungen für die Wirksamkeit der Linksparteien in Europa“, in Brie, M. und Hildebrandt, C. (eds), *Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch*, Berlin, 2005a.

Porcaro, M., "Lo scudo di Perseo. Rischi e risorse dei movimenti", in Calzolari, S. und Porcaro, M., *L'invenzione della politica. Movimenti e potere*, Milano 2005b.

Ricci, A., *Oltre il liberismo. Proposte per una politica economica di sinistra*, Roma 2004.

Spehr, C., „Bewegung, Strömung, Partei. Formen des Politischen heute“, in Brie, M. und Hildebrandt, C. (eds), *Für ein anderes Europa*.

Tarrow, S., *Democracy and Disorder. Protest and Politics in Italy*, Oxford 1989.

Tilly, C., *From Mobilization to Revolution*, Reading, Mass. 1978.